



## PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 14.08.2019

### Jobcenter und Sozialämter sollen Menschen dabei unterstützen, Stromsperrern zu vermeiden

**SPD-Bundestagsabgeordnete Angelika Glöckner regt an, dass Jobcenter und Sozialämter Menschen in Pirmasens, Zweibrücken und der Südwestpfalz zu ihrem Stromverbrauch beraten und so Stromsperrern vermeiden**

Zwischen 2011 und 2017 ist jährlich rund 300.000 Haushalten in Deutschland der Strom gesperrt worden. Viele Menschen sind aufgrund von Arbeitslosigkeit oder anderer familiärer oder gesundheitlicher Probleme finanziell schlicht überfordert und können ihre Stromrechnungen mitunter nicht mehr bezahlen. Dies führt dazu, dass ihnen eine Stromsperrern oder eine Stromunterbrechung droht. Vor allem für Kranke, Menschen mit Behinderung oder Familien mit kleinen Kindern stellt dies eine außergewöhnliche Härte dar.

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. hat deshalb neuste Empfehlungen zur Regulierung und Vermeidung von Stromschulden und Stromunterbrechungen verabschiedet. Vor allem stellt der Verein dar, wie Träger der Sozialhilfe und der Grundsicherung gemeinsam mit den Jobcentern und den Energieversorgern Menschen helfen können, Stromsperrern und –unterbrechungen zu vermeiden. Angelika Glöckner teilt diese Vorschläge. *“Es ist wichtig, dass Energieversorger, Sozialämter und Jobcenter den Menschen vor Ort Beratung und Hilfestellung anbieten. Nur so kann den Menschen geholfen und die negative Folgen einer Stromsperrern vermieden werden”*, so die Abgeordnete.

Konkret regt der Deutsche Verein an, dass Energieversorger, Sozialämter und Jobcenter Menschen für ihren Stromverbrauch sensibilisieren und einen sorgfältigeren Umgang damit vermitteln. *“Ich würde mich freuen, wenn die zuständigen Ämter und Jobcenter in Pirmasens, Zweibrücken und in der Südwestpfalz dieser Empfehlung folgen und Menschen, denen eine Stromsperrern droht, rechtzeitig vor der möglichen Sperrern Tipps und Beratung anbieten, wie sie ihren Stromverbrauch besser regulieren können, um unnötige Härten zu vermeiden”*, so die Abgeordnete abschließend.